



# HESSISCHER LANDTAG

## Kleine Anfrage

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Torsten Leveringhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Andreas Ewald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Klimaverträglicher Ausbau von Rechenzentren in Hessen

#### Vorbemerkung der Fragesteller:

Die Bedeutung von Rechenzentren als digitale Infrastruktur nimmt stetig zu – nicht zuletzt durch die wachsende Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Gleichzeitig zeigen Studien wie die aktuelle Analyse des Öko-Instituts, dass sich der Stromverbrauch durch Rechenzentren bis 2030 verdoppeln könnte. Für ein Bundesland wie Hessen, insbesondere das Rhein-Main-Gebiet als einem der zentralen Rechenzentrumsstandorte Europas, ist dies eine erhebliche energiepolitische Herausforderung. Ein klimaverträglicher Ausbau erfordert die Nutzung von Abwärme, eine Versorgung mit 100 % erneuerbarer Energie sowie eine gesicherte Netzinfrastruktur. Im Gegensatz dazu steht die Forderung der Landesregierung, die bisherigen Planungen des Rhein-Main-Links aufzuheben und den Rhein-Main-Link als Freileitung neu zu planen. Dies würde eine deutliche Verzögerung für die Inbetriebnahme bedeuten, die eine zentrale Rolle für die Versorgung der Rechenzentren in der Region spielt. Die Forderungen der Landesregierung gefährden somit den Digitalstandort Rhein-Main.

#### Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Prognose des Öko-Instituts, wonach sich der Stromverbrauch von Rechenzentren in Deutschland bis 2030 verdoppeln könnte, insbesondere mit Blick auf Hessen und das Rhein-Main-Gebiet?
2. In welchem Stadium mit welchen bisherigen Ergebnissen befindet sich die im Klimaplan vorgeschriebene Prüfung, wie sich die bundes- und landesrechtlichen Rahmenbedingungen für die Abwärmenutzung von Rechenzentren verbessern lassen?
3. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, dass die Wärmenutzung von Rechenzentren, sofern technisch und wirtschaftlich sinnvoll und realisierbar, in den kommunalen Satzungen verankert wird?
4. Wie viel Prozent der Abwärme von Rechenzentren in Hessen wird derzeit zur Fernwärmeversorgung oder zur industriellen/prozessualen Nachnutzung genutzt?
5. Welche Förderprogramme und -angebote in welcher Höhe gibt es derzeit in Hessen, mit denen die Landesregierung dazu beiträgt, mehr Abwärme von Rechenzentren nutzbar zu machen?
6. Sieht die Landesregierung Änderungsbedarf bei den im aktuellen Energieeffizienzgesetz (EnEfG) enthaltenen Vorgaben für Rechenzentren? (bitte die konkreten Änderungsvorschläge aufführen)
7. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die bundesgesetzliche Vorgabe zur Nutzung erneuerbarer Energien in Rechenzentren (Stromverbrauch muss ab 1. Januar 2027 bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt werden (§ 11 Abs. 5 EnEfG)) in Hessen erfüllt wird?
8. Teilt die Landesregierung die Sorge der Netzbetreiber, dass die von ihr angestrebte Neuplanung des Rhein-Main-Links als Freileitungstrasse zu erheblichen Verzögerungen führen und dadurch die Bereitstellung zukünftiger Netzanschlusskapazitäten gefährden könnte?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung um die Energieeffizienz der eigenen Rechenzentren zu steigern?

10. Kann die Landesenergieagentur die Beratung der Städte und Gemeinden zur kommunalen Wärmeplanung, bei der auch die Abwärmenutzung von Rechenzentren eine wichtige Rolle spielt, trotz gekürztem Budget im bisherigen Umfang aufrechterhalten? (Bitte ggf. die erfolgten bzw. geplanten Einschränkungen, etwa eine Reduzierung der Beratungstermine oder sonstige Änderungen am Beratungsangebot, einzeln aufführen)

**Wiesbaden, den 31. Juli 2025**



**Martina Feldmayer**



**Kaya Kinkel**



**Torsten Leveringhaus**



**Andreas Ewald**